

WAS PASSIERT BEIM BANKENTRIBUNAL?

ANGEKLAGT

DIE ROT-GRÜNE BUNDESREGIERUNG, VERTRETEN DURCH GERHARD SCHRÖDER

Durch Steuerreformen (Senkung des Spitzensteuersatzes für Einkommen und des Körperschaftssteuersatzes für Unternehmen), die Förderung von Leiharbeit und die Hartz-Gesetze schuf Rot-Grün Grundlagen, um die soziale Schere weiter zu öffnen und die Finanzmärkte zu beglücken. Die Schröder-Regierung sorgte für eine Finanzmarktregulierung, die unter anderem Hedgefonds in Deutschland zuließ und unbegrenzte Leerverkäufe erlaubte.

BEWEISAUFNAHME I

VORBEREITUNG DER KRISE UND AUSHÖHLUNG DER DEMOKRATIE

Die Krise kam nicht von ungefähr, sondern wurde durch Menschen und Institutionen vorbereitet. Zum einen durch Deregulierungen der Finanzmärkte, die die Spielräume der Finanzmarktakteure für spekulative Geschäfte ausweiteten. Zum anderen durch eine Verteilungspolitik, die Vermögen bei wenigen Menschen anhäufte, die daraus – auf das Risiko Aller – noch mehr Reichtum machen wollen.

Das Bankentribunal befasst sich mit dem Verlauf der Bankenrettungen im Herbst 2008 und der Frage nach der Rolle der Demokratie in diesem Zusammenhang. Auf Staatskosten retteten die im Tribunal angeklagten Vertreter der Regierung die krisenverursachenden Banken. Sie schirmten diesen Vorgang unter strenger Geheimhaltung vor öffentlicher Kontrolle ab und verzichteten darauf, die Rettung mit Vorgaben für eine künftige Krisenverhinderung zu verknüpfen.

ANGEKLAGT

DIE DEUTSCHE BANK, VERTRETEN DURCH JOSEF ACKERMANN

Seit Jahren ist der Bankchef auch oberster Lobbyist des Bundesverbandes der deutschen Banken. Erfolgreich drängt er auf Liberalisierungen des Finanzmarktes. Obwohl Ackermann gerne das Gegenteil behauptet, hat die Deutsche Bank von den staatlichen Rettungsaktionen in hohem Maße profitiert. Als es um die Rettung der HRE ging, machte Ackermann deutlich, dass der private Einlagensicherungsfonds keinesfalls ernsthaft sichern würde und verstand es auch hier, aus der Rettung ein Geschäft für sein Haus zu machen.

ANGEKLAGT

DIE SCHWARZ-ROTE BUNDESREGIERUNG, VERTRETEN DURCH ANGELA MERKEL

Trotz etlicher Warnhinweise verstärkte die Regierung die schwache Bankenaufsicht nicht. Als die Krise losbrach, wandte sich die Regierung für die Berechnungen des Schadens an die Deutsche Bank; für die Verfassung der Rettungsgesetze an die private Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, die Banken berät. Die Bankenrettungen waren begleitet von Geheimhaltung und Irreführung. Die erste Bankenrettung (IKB) ging ganz am Parlament vorbei. Das Gesetz, das den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoF-Fin) ins Leben rief, wurde als Eilgesetz durch den Bundestag gepetscht. Für die Arbeit des parlamentarischen Kontrollgremiums gilt ebenso wie für den inzwischen abgeschlossenen HRE-Untersuchungs-Ausschuss strengste Geheimhaltung und Erschweris der Arbeit.

ARBEIT

Die LeiharbeiterInnen trafen als erste. Insolvenzen machen arbeitslos, anderswo wird für weniger Geld mehr gearbeitet, um die krisenbedingt verschärften Vorgaben der Banken zu erfüllen. Und gleichzeitig wird klar: Die Politik des marktradikalen Umbaus ist eine wesentliche Ursache wachsender Kapitalüberschüsse und der Krise. Zu diesem Umbau gehört die Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit, die Deregulierung und die Förderung ungeschützter Arbeitsverhältnisse oder die Durchsetzung eines wachsenden Niedriglohnssektors.

DEMOKRATIE

Die Institutionen der Finanzwelt sind mit den politisch Verantwortlichen eng verflochten. Welchen Schaden richtete die Entmachtung des Parlamentes und die neue Alternativlosigkeit an, die die Regierung im Zusammenhang mit der Bankenrettung predigte? Welche Rolle spielten dabei die Medien? Wie kann es sein, dass die Banken nach der Krise mächtiger dastehen als zuvor?

BEWEISAUFNAHME II

ANHÖRUNGEN ZUR ZERSTÖRUNG VON LEBENS-GRUNDLAGEN WELTWEIT

Die Bankenkrise ist keine abgehobene Erscheinung in einer jenseitigen Sphäre. Sie schlägt unmittelbar durch auf das soziale Leben, auf den gesellschaftlichen Wohlstand und auf die Entwicklungschancen aller. Denn Finanzmärkte und reale Wirtschaft sind keineswegs getrennte Welten. Die Finanzmarktcrise hinterlässt tiefe Spuren in Betrieben und Unternehmen, im Aufkommen der Sozialversicherung, in den öffentlichen Haushalten, der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen und mit besonderer Schärfe in den Ländern des globalen Südens.

Diese Entwicklungen sind nicht sämtlich durch die Bankenkrise verursacht. Doch der Kollaps der Finanzmärkte und die milliardenschwere Vernichtung spekulativ angelegten Kapitals werden die Krise verschärfen und verlängern. Wenn die Politik nicht umsteuert, werden die Folgen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung treffen, also die, die für das Treiben des internationalen Roulettes weder Verantwortung tragen noch daran beteiligt waren, geschweige denn Gewinn daraus geschlagen haben.

SOZIALE SICHERUNG

Die Privatisierung der Altersvorsorge, in Deutschland durch Arbeitsminister Riester vorangebracht und benannt, spült Milliarden auf die Finanzmärkte und befeuert damit Krisendynamiken. Die Krise kommt dann aber auch selbst wieder bei den Sozialversicherungen an, deren Probleme schließlich auf die Versicherten und alle Bürgerinnen und Bürger zurückfallen.

VERSCHULDUNG

1.700 Milliarden Euro Schulden haben Bund, Länder und Gemeinden derzeit und kaum eine Chance, sie abzubauen. Bankenrettungen kommen die Gesellschaft teuer zu stehen. In den Kommunen regiert der Rotstift, denn Mindereinnahmen durch Steuerreform, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den Rückgang der Wirtschaft kommen zu Mehrausgaben v.a. für soziale Transferleistungen. Eine neue Welle von Privatisierungen öffentlicher Güter droht.

ÖKOLOGIE

Die globalen Finanzmärkte sind Teil und Tempomacher eines Wirtschaftsmodells, das auf fossilen Energieträgern und unbegrenztem Wachstum beruht und den Umweltraum als ein Reservoir für grenzenlose Ausbeutung versteht. Banken investieren skrupellos in Umweltzerstörung. Die Regierungen vergessen über den Bankenrettungen die globale Klimakrise.

SÜDEN

Sie hatten gar nicht mitgezockt. Dennoch wirkt sich die globale Finanz- und Wirtschaftskrise massiv auf die ärmsten Länder aus: Verschuldung, Exporteinbrüche, Demokratieverluste – und die Fortschreibung ungerechter internationaler Handelsregeln sowie undemokratischer, vom „Norden“ dominierter Strukturen. Allerdings ist „Krise“ auch, wenn die Analysten im Norden keine sehen.

ANGEKLAGT

DIE DEUTSCHE BANK UND DIE BANKEN-LOBBYISTEN, VERTRETEN DURCH J. ACKERMANN

Mit guten Argumenten und viel Geld befördern die Banken eine Politik, die ihnen gefällt. Allein die Deutsche Bank überwies 2008 je 200 000 Euro an die CDU und die FDP, 100 000 Euro gingen an die SPD. Sie dürfte es angesichts des Verlaufs der Krise für sehr gut angelegtes Geld halten.

Die Deutsche Bank versteht es zudem, aus der Griechenlandkrise Kapital zu schlagen. Während die Deutsche Bank den Gewinn einstreicht, tragen die Bürgerinnen und Bürger die Folgen solcher Geschäfte.

BEWEISAUFNAHME III

VERSCHÄRFUNG DER KRISE

Nach Ausbruch der Bankenkrise waren aus Regierungskreisen rund um den Globus für eine kurze Zeit Ankündigungen zu hören, Banken und Ratingagenturen sollten „an die Kette gelegt werden“. In allen politischen Lagern wurde von Verstaatlichung geredet und es klang so, als würde ein Wettstreit um die schnellsten Maßnahmen gegen künftige Krisen beginnen. Daraus ist allerdings nicht viel geworden.

Das Tribunal klagt die Vertreter der Regierung und Aufsichtsbehörden an, dringend notwendige Regulierungen der Finanzmärkte nicht nur nicht in Angriff zu nehmen, sondern sogar absichtsvoll zu verhindern. Die gegenwärtige Bundesregierung weigert sich, die dramatische Ungleichverteilung von Vermögen zu thematisieren und zu bekämpfen, obwohl diese eine der zentralen Ursachen der Krise war. Stattdessen trieb sie im Rahmen eines so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ durch Steuerermäßigungen für Wohlhabende die Umverteilung von unten nach oben weiter voran und weitete damit den Nachschub für künftige Finanzblasen aus.

Angeklagt sind außerdem die privaten Banken, die bereits wieder auf volles Risiko gehen – und sich dabei auch nicht scheuen, mit Spekulationen z.B. gegen Griechenland erneut Millionen von Menschen Existenzgrundlagen zu entziehen.

ANGEKLAGT

SCHWARZ-ROTE & SCHWARZ-GELBE BUNDESREGIERUNG, VERTRETEN DURCH ANGELA MERKEL

Die Bundesregierung und andere Staatenlenker reden von Regulierungen der Finanzmärkte, ohne diese in die Tat umzusetzen. Sie thematisierten lautstark Bonuszahlungen an Manager, die zwar problematisch sind, aber keinesfalls der Kern des Problems. Bei den Verhandlungen über Eigenkapital-Anforderungen beim G20-Gipfel in Pittsburgh torpedierte Angela Merkel das Ergebnis, das nun ohne Frist den Banken zur Beurteilung vorzulegen war.

Filz und Komplizenschaft bestimmen den Umgang mit den Banken, denn diese und die Regierung sind eng verbandelt. Verändern will das die Bundesregierung nicht, sie lässt sich nach wie vor von denen beraten, die die Krise herbeigeführt haben.

ANGEKLAGT

BUNDESBANK & EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, VERTRETEN DURCH AXEL WEBER

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldhähne geöffnet. Für nur ein Prozent Zinsen können private Banken dort Geld leihen – und mit ordentlichen Zinsaufschlägen weiterverleihen. Die Rechnung, dass so eine Kreditklemme für Unternehmen verhindert werden könnte, ging nicht auf. Stattdessen wird gezockt, es explodieren erneut Rohstoffpreise, Banken spekulieren gegen Griechenland, Geldmassen werden ohne klare Vorgaben und Regulierungen frei gegeben.



WIE KAM ES ZUM KOLLAPPS DER HRE? (HYPO REAL ESTATE)

VORGESCHICHTE

Die „Bayerische Hypotheken- und Wechselbank“ (Hypo-Bank) aus München engagierte sich nach 1990 massiv im steuerlich geförderten Immobilienmarkt der östlichen Bundesländer. Doch die potentiellen Käufer oder Mieter hatten tendenziell nicht mehr Geld zur Verfügung, sondern eher weniger. So wuchsen die Immobilienpreise im Osten nicht in dem Maße, wie es notwendig gewesen wäre, um die Geschäftsmodelle der Hypo-Bank und deren Vertriebsorganisationen zu erfüllen.

JANUAR 2008

In einem Brief warnte die deutsche Bankenaufsicht, BaFin, das Bundesfinanzministerium vor der drohenden Katastrophe. Dennoch geschah nichts.

OKTOBER 2007

Die HRE kaufte die DEPFA-Bank plc, eine ursprünglich deutsche staatliche Bank, zu diesem Zeitpunkt aber eine private Aktiengesellschaft irischen Rechts mit Hauptsitz in Dublin. Hier kamen jetzt zwei verschiedene riskante Geschäftsmodelle in ein Unternehmen: Die DEPFA gab langfristige Kredite, die sie größtenteils mit kurzfristigen Krediten, die auf den Finanzmärkten aufgenommen wurden, finanzierte.

2005

Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank wurde von der Italienischen Uni-Credit S.p.A. übernommen und war somit durch einen kapitalkräftigen Investor saniert. Das Problem der riskanten Immobilienkredite hatte nun die HRE im Nacken. Der Vorstand der HRE war durch die vielen hochriskanten Kredite, die auf die Rendite drückten, gezwungen, Geschäfte mit hohem Risiko einzugehen. Damit konnten auf der einen Seite die Verluste ausgeglichen werden und auf der anderen Seite die Renditevorgaben der Investoren erfüllt werden. Trotzdem war zum Verbergen der schlechten Kredite bald schon wieder eine Vergrößerung der Bank notwendig.

MÄRZ 2003

Die Hypo Real Estate (HRE) entstand aus dem Vorgängerinstitut HVB Real Estate Bank AG. Die HRE sollte die Immobilienfinanzierungstochter der HypoVereinsbank sein und wurde an der Börse verkauft. Hier wurden die schlechten Risiken aus den Immobiliengeschäften im Osten versteckt.

FEBRUAR 2003

Am 16. Februar 2003 fand eine Konferenz in Berlin, bestehend aus Regierungs- und Bankenvertretern statt, bei der es um die Schrotthypothekenkredite verschiedener Banken ging. Die HypoVereinsbank stand auf der Problemliste dabei ganz oben. Diskutiert wurde ein Rettungsplan zwischen den Geschäftsbanken, was diese aber ablehnten. Auf dieser Konferenz wurde auch das erste Mal über die Einrichtung von „Bad Banks“ diskutiert.

1998

Die Hypo-Bank fusionierte mit der Bayerischen Vereinsbank, diese war zu diesem Zeitpunkt die drittgrößte Bank Deutschlands. Die Immobilienlasten der Hypo-Bank wurden auf 3,5 Mrd. geschätzt.

21. DEZEMBER 2009

Später wurde in der Öffentlichkeit lange gestritten, ob Jörg Asmussen und die Bundesregierung sich von den Bankenvertretern hatten über den Tisch ziehen lassen, also schlecht verhandelt hatten. Am 21. Dezember 2009 veröffentlichte der SoFFin eine Pressemitteilung, in der er bekannt gab, dass er sein Garantievolumen für die HRE um 43 Mrd. Euro erhöht habe. Damit wurde die im Herbst 2008 – vor der Gründung des SoFFin – durch Staat und private Banken vorgenommene Liquiditätsfazilität für die HRE abgelöst. Der gesamte Garantierahmen des SoFFin für die HRE betrug nach diesem Schritt 95 Mrd. Euro, die privaten Banken wurden aus ihrer Pflicht entlassen.

04. OKTOBER 2009

Schon eine knappe Woche später war klar, dass das nicht reichen würde. Was schon in den Verhandlungen begann, das scheinbar Bekanntheit von weiteren Verlusten der HRE, ging nach der Rettungsnacht weiter. In einer Nachverhandlung wurde das Rettungspaket auf 50 Mrd. Euro ausgeweitet.

29. SEPTEMBER 2008

15 Minuten vor dem Öffnungstermin in Tokio war noch immer nicht beschlossen, wer welche Kosten übernimmt. Zu diesem Zeitpunkt telefonierte Josef Ackermann mit Peer Steinbrück und dann noch mit Angela Merkel. Erst um 1.00 Uhr einigten sich die Parteien auf jenen Kompromiss, der dann eine Gesamtrisikübernahme von 35 Mrd. Euro vorsah, mit 40 Prozent Verlustrisiko beim Bund, 60 Prozent bei den Banken mit einer Deckelung der möglichen Zahlungsverpflichtungen für die Banken bei 8,5 Mrd. Euro.

28. SEPTEMBER 2008

Am Sonntag erklärten die Beteiligten, dass ohne Kostenübernahme der Politik und damit der Steuerzahler keine Lösung möglich sei. Wenn der Staat nicht Verantwortung übernehmen – sprich Steuergeld einsetzen – würde, dann würde alles zusammenbrechen und der Standort Deutschland in Gefahr sein. Axel Weber, Chef der Bundesbank, rief Peer Steinbrück an, ob die Regierung bereit wäre, zu helfen. Steinbrück lehnte zunächst ab, schickte dann aber doch Staatssekretär Jörg Asmussen.

27. SEPTEMBER 2008

Am Samstag verhandelten die Banken, Bundesbank und BaFin untereinander weiter, es war aber klar, dass bis Montag um 1.00 Uhr früh, dem Öffnungstermin der Börse in Tokio eine Lösung stehen musste, sonst – behaupteten die Bankvertreter – würde „das System kollabieren“.

26. SEPTEMBER 2008

Am Freitag beorderte Sanio die Spitze der HRE in die BaFin-Zentrale. Im Verlauf von wenigen Stunden kamen auch Vertreter der anderen Großbanken und der Bundesbank hinzu. Im Laufe der Gespräche stellte sich scheinbar heraus, dass Verluste vorhanden waren, die mit der Dauer der Verhandlungen immer größer wurden.

25. SEPTEMBER 2008

Finanzminister Peer Steinbrück wurde von den Chefs von Deutscher und Dresdner Bank, dem Bundesbankpräsident und dem Chef der Finanzaufsicht BaFin, Jochen Sanio, persönlich unterrichtet, dass „sich etwas zusammenbraut“.

23. SEPTEMBER 2008

Kurt Viermetz, der Aufsichtsratsvorsitzende der HRE, schickte einen Brandbrief an das Bundesfinanzministerium, Bundesbank und Finanzaufsicht BaFin. Inhalt des Briefes: Würden nicht bis zum kommenden Montag Lösungen für die insolvente HRE gefunden werden, würde die HRE ihren Geschäftsbetrieb einstellen und insolvent sein.

15. SEPTEMBER 2009

Am 15. September 2008 ging in den USA die Lehman-Bank pleite. Dies hatte zur Folge, dass sich die Banken untereinander schlagartig keine Kredite mehr gaben. Davon war jedoch der DEPFA-Teil der HRE hochgradig abhängig. Plötzlich konnte die DEPFA ihre Kredite nur noch zu einem Zinssatz bekommen, der höher war als die Zinssätze, die durch die seinerseits ausgegebenen Kredite an Staaten in die Bank hereinkamen. Mit der drohenden Pleite der DEPFA geriet auch das Geschäftsmodell der HRE ins Wanken, das darauf beruhte, die Verluste der HRE durch die Gewinne der DEPFA auszugleichen.



WIE FUNKTIONIERT DER SOFFIN?



SYSTEMRELEVANZ

Die staatliche Bankenaufsicht (BaFin) legt zusammen mit der Bundesbank fest, welche Bank als „systemrelevant“ gilt. Der Zusammenbruch einer solchen Bank gilt als besonderes Risiko

für die gesamte (Finanz-)Wirtschaft. Ein Bankencrash kann viele Firmen und andere Banken mitreißen und einen „Bankrun“ auslösen. Eine betroffene Bank steht dann schnell vor der Insolvenz. Wenn der Glaube an die Banken verloren geht, droht das gesamte Geldwesen zu kollabieren.

Inwieweit diese Befürchtungen wirklich eingetreten wären, lässt sich nicht mehr prüfen. Die Mehrzahl der Ökonomen und auch die Mehrzahl der Stimmen innerhalb von attac sind jedoch heute der Meinung, dass zu diesem Zeitpunkt die Bundesregierung keine andere Wahl hatte, als die Banken zu unterstützen. Eine Minderheitenmeinung vertritt zum Beispiel der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff: Er sagt, es wäre besser gewesen, eine kurze Zeit der ökonomischen Katastrophe durchzustehen, um dann aus den Trümmern geläutert und gestärkt wieder hervorzugehen zu können.

DAS FINANZMARKT-STABILISIERUNGSGESETZ (FMStG)

Kurz nach den dramatischen Rettungsaktionen im September wurde am 17. Oktober 2008 vom Bundestag und Bundesrat das Finanzmarktstabilisierungsgesetz als Eilgesetz beschlossen.

Zeit und Informationen für eine fundierte Diskussion im Bundestag oder gar in der Öffentlichkeit gab es darüber nicht. Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnete es noch am gleichen Tag, und damit war das Gesetz in Kraft. Noch nie ist ein Gesetz so schnell beschlossen worden, auch die finanzielle Tragweite dürfte einmalig sein.

Der Gesetzestext wurde von der Anwaltsfirma Freshfields Bruckhaus Deringer mit Hauptsitz in London erstellt. Wirtschaftsminister Karl-Theodor von und zu Guttenberg hatte den Auftrag dazu erteilt.

FRESHFIELDS BRUCKHAUS DERINGER

Die Anwaltsfirma Freshfields Bruckhaus Deringer ist im Finanzbereich keine unbekannte Größe. 2007 hat sie die HRE bei der Übernahme der DEPPA beraten. Ebenso war sie bei vielen Firmenfusionen beratend tätig. Heute berät sie Banken, die Unterstützungszahlungen aus dem SoFFin beantragen. Der Gesetzestext des FMStG wurde also von einer Kanzlei geschrieben, die vorher prächtig an Geschäften verdient hat, die zur Krise geführt haben, und jetzt an den Rettungen mitverdient.

DER ZWECK DES GESETZES

Zweck des SoFFin ist es, mit Hilfe von staatlichen Garantien, durch den Kauf von Anteilen betroffener Banken (bezeichnet als Eigenkapitalhilfen) sowie dem Aufkauf von riskanten Kreditpaketen jener Banken diese Unternehmen vor der Insolvenz zu bewahren und damit den Finanzmarkt in seiner jetzigen Form zu stabilisieren.

ERMÄCHTIGUNGEN FÜR KREDITAUFNAHMEN

Garantien	Eigenkapitalhilfen	Risikoübernahmen
Der Staat bürgt über den SoFFin für Kreditpakete, deren Risiko hoch ist. Das soll den Interbankenhandel am Leben erhalten und Kredite von anderen Banken an die Problembank weiterhin ermöglichen.	Erwerb von Bankanteilen oder stillen Einlagen durch den Staat. Dies kann auf dem Wege geschehen, dass die betroffene Bank neue Anteilscheine/Aktien ausgibt, die vom Fonds gekauft werden. So wird der Bund Miteigentümer der Bank, und die Bank hat Geld, mit dem sie z.B. Verluste aus Krediten ausgleichen kann.	Der Staat kauft über den SoFFin Kreditpakete der Banken an, deren Ausfallrisiko die Existenz der Bank bedrohen. Damit wird die Bank wieder kreditwürdig.

Finanzmarktstabilisierungsfonds
„Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin)

Der SoFFin ist mit einem Volumen von **480 Mrd. Euro** ausgestattet

Insgesamt kann das Bundesfinanzministerium **100 Mrd. Euro** als Kredite aufnehmen, die in einem Nebenhaushalt geführt werden und nicht im Bundeshaushalt auftauchen

20 Mrd. Euro bei Inanspruchnahme von Garantien aufgenommen	70 Mrd. Euro für Rekapitalisierung und Risikoübernahme
	10 Mrd. Euro können zusätzlich aufgenommen werden

Ermächtigung für die Ausgabe von Garantien: **400 Mrd. Euro**

§ 5
Vermögenstrennung, Bundeshaftung

Der Fonds ist von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten zu trennen. Der Bund haftet unmittelbar für die Verbindlichkeiten des Fonds; dieser haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes.

Erfordert Genehmigung des **Haushaltsausschusses**

BEFRISTUNG

Die Möglichkeiten der Hilfen für Banken durch das FMStG waren ursprünglich befristet bis zum 31.12.2009. Mit dem „Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ vom Juli 2009 ist die Arbeit des Fonds dann bis Ende 2010 verlängert worden. Ob im Laufe des Jahres 2010 nicht wieder eine Verlängerung beschlossen wird, wird die Zukunft erweisen.

DIE ZAHLUNGEN UND GARANTIE DES FONDS BIS HEUTE

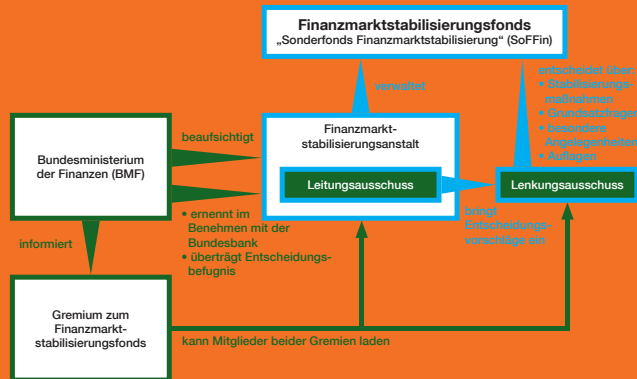
Die Ermächtigungen wurden bis heute nicht voll ausgeschöpft. Der Öffentlichkeit sind jedoch viele Informationen darüber nicht zugänglich. Der Fonds selbst gibt nur spärlichste Pressemitteilungen darüber heraus, wie hoch die Gesamtzahlen sind, nicht aber Informationen über einzelne Unternehmen. Dies geschieht mit dem Argument, dass das ein „ungerechtfertigter Marktgriff“ wäre. Die unterstützten Banken hätten sonst auf dem Markt eine erheblich schlechtere Wettbewerbsposition.

GESETZLICH FESTGELEGTE INTRANSPARENZ

§ 10a
Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds

(1) Der Deutsche Bundestag wählt für die Dauer einer Legislaturperiode ein Gremium, das aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses besteht. Das Gremium wird dem Haushaltsausschuss zugeordnet und hat neun Mitglieder. Der Deutsche Bundestag bestimmt die Zusammensetzung und die Arbeitsweise. Das Gremium beendet seine Tätigkeit mit der Auflösung des Fonds.

(3) Das Gremium tagt geheim. Die Mitglieder des Gremiums sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind. Dies gilt für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzungen.



LEITUNGS-AUSSCHUSS

- DR. HANNES REHM (Sprecher, ehem. Vorstandsvorsitzender Norddeutsche Landesbank Girozentrale)
- DR. CHRISTOPHER PLEISTER (Mitglied, ehem. Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken)
- GERHARD STRATTHAUS (Mitglied, ehem. Finanzminister von Baden-Württemberg)

LENKUNGS-AUSSCHUSS

- JÖRG ASMUSSEN (Vorsitz, Finanzstaatssekretär)
- JENS WEIDMANN (Abteilungsleiter Wirtschaft im Kanzleramt)
- LUTZ DIWELL (Justizstaatssekretär)
- WALTER OTREMBÄ (Wirtschaftsstaatssekretär)
- KURT BIEDENKOPF (Vertreter der Bundesländer)
- AXEL WEBER (Vertreter der Bundesbank)
- HANS GEORG FABRITIUS (Vorstand Deutsche Bundesbank)

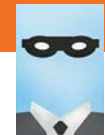
DIE FINANZMARKT-STABILISIERUNGSANSTALT (FMSA)

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wird von der nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz installierten Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) verwaltet. Die FMSA wird durch das Bundesministerium der Finanzen beaufsichtigt. Das Ministerium ernennt dazu die Mitglieder des Lenkungsausschusses der FMSA. Zur Zeit sind dies der ehemalige baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der NordLB Hannes Rehm und der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken Christopher Pleister. Über „Stabilisierungsmaßnahmen“ für kriselnde Institute entscheidet allerdings der Lenkungsausschuss, dem ein Vertreter des Bundeskanzleramtes, ein Landesvertreter und jeweils ein Vertreter der Bundesministerien für Finanzen, Wirtschaft und Justiz angehören.

Welches Institut welche Mittel in welcher Höhe erhält, wird vom Bundesfinanzministerium und der FMSA geheim gehalten. Darüber informiert werden lediglich neun Bundestagsabgeordnete, die regelmäßig in einem abgesicherten und abhörsicheren Raum tagen und über das Gehörte strengstes Stillschweigen zu bewahren haben. Die Bevölkerung darf zwar für die kriselnden Institute in die Tasche greifen – was mit ihrem Geld passiert, wird ihr verheimlicht.

JÖRG ASMUSSEN

hat als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium die Rolle eines der obersten Bankentretter. Er ist aber auch Gründungsmitglied der True Sale International GmbH, die durch 13 verschiedene Banken gegründet wurde, um Kreditverbriefungen in großem Stil auf dem deutschen Finanzmarkt einzuführen und abzuwickeln. Diese Kreditverbriefungen spielen eine zentrale und fatale Rolle bei der globalen Finanzmarktkrise.



DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT



WELCHE BANKEN WURDEN MIT STEUERGELDERN GERETTET?

LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG

Kapitalhilfen: 5 Mrd. Euro durch die Träger der Bank (21.11.2008)
 Garantien: 17,7 Mrd. Euro, davon 14,7 Mrd. Euro vom Land Baden-Württemberg, 2 Mrd. vom Sparkassenverband Baden-Württemberg und 1 Mrd. von der Stadt Stuttgart

BayernLB, HYPO ALPE ADRIA

Kapitalhilfen: 10 Mrd. Euro
 Garantien des Landes Bayern: 4,8 Mrd. Euro
 SoFFin-Bürgschaften: 15 Mrd. Euro.

SachsenLB

Bürgschaft: 2,8 Mrd. Euro durch das Land Sachsen (13.12.2007)
 Garantien: 17,3 Mrd. Euro durch die Sparkassen Finanzgruppe Sachsen (13.12.2007)

COMMERZBANK

Kapitalhilfen: 18,3 Mrd Euro
 SoFFin-Bürgschaften: 10 Mrd. Euro

AAREAL BANK (HESSEN)

Kapitalhilfe: 525 Mio. Euro in Form einer stillen Einlage durch den SoFFin (15.02.2009)
 Staatsgarantie: 4 Mrd. Euro (15.02.2009)

VOLKSWAGEN BANK (NIEDERSACHSEN)

Bürgschaft: 2 Mrd. Euro durch den SoFFin (18.02.2009) geplant, bisher fehlt Vertrag

DÜSSELDORFER HYPOTHEKEN-BANK (NRW)

Garantien: 2,5 Mrd. Euro durch den SoFFin (12.03.2009)

COREALCREDIT BANK (HESSEN)

Garantien: 0,5 Mrd. Euro durch den SoFFin (Mai 2009)

HSH NORDBANK

Kapital: 3 Mrd. Euro
 Garantien: 10 Mrd. Euro jeweils zur Hälfte von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein (Februar 2009)
 Garantien: 30 Mrd. Euro durch den SoFFin im November 2008

SICHERUNGSEINRICHTUNGS-GESELLSCHAFTEN DEUTSCHER BANKEN (SdB, BERLIN)

Garantien: 6,7 Mrd. Euro durch den SoFFin (Januar 2009)

IKB

Garantien: 11 Mrd. Euro durch den SoFFin (Dezember 2008 ff.)
 Kapital: 5 Mrd. Euro aus Einlagen des Bundes)

NordLB (NIEDERSACHSEN, SACHSEN-ANHALT)

Garantien: 10 Mrd. Euro von den Ländern Niedersachsen (8,3 Mrd.) und Sachsen-Anhalt (1,7 Mrd.) (November 2008)

WESTLB

Garantien: 5 Mrd. Euro, davon 3 Mrd. vom Land Nordrhein-Westfalen, 2 Mrd. vom Sparkassenverband



IKB
 Die Deutsche Industriebank (IKB) ist eine Mittelstandsbank, die sich traditionell auf langfristige Finanzierung von Unternehmen in Deutschland spezialisiert hat. Sie gehört zu 38 Prozent der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Ihre Rettungsgeschichte gilt als besonders intransparent. Im Juli 2007 kündigen die Deutsche Bank und andere Banken an, die Kreditlinien gegenüber der IKB zu kürzen. Wenige Tage später gibt die IKB ihre erste Ad-hoc-Mitteilung heraus, in der sie ankündigt, dass sie infolge der Spekulationen am US-amerikanischen Subprime-Markt in eine existenzbedrohende Schieflage geraten sei. Die Deutsche Bank hatte der IKB viele der faulen Papiere verkauft und drängt die Bundesregierung auf die Rettung der Bank, um als Gläubiger nicht draufzahlen zu müssen. IKB-Vorstandssprecher Stefan Ortseifen tritt zurück und steht im März 2010 wegen des Vorwurfs auf Börsenkursmanipulation und Untreue vor Gericht. Zur Rettung erhält die IKB 11 Mrd. Euro Kapitalhilfe aus den Einlagen des Bundes und 5 Mrd. Euro Garantien für Schuldverschreibungen aus dem SoFFin.

COMMERZBANK
 Der Bund zahlt 18,3 Mrd. Kapitalhilfe und erhält 25,1 Prozent der Bank. Hinzu kommt eine Bürgschaft von 10 Mrd. Euro durch den SoFFin. Trotz der Teilverstaatlichung macht die Commerzbank weiter wie bisher: Geschäfte in Steueroasen werden nicht beendet. Die Rettung ermöglicht den Vollzug der Übernahme der ebenfalls maroden Dresdner Bank durch die Commerzbank (und entlastet damit den vorherigen Eigentümer Allianz um Milliarden).
HSH NORDBANK
 Am 10. November 2008 tritt Hans Berger von seinem Amt als Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank zurück. Auf Grund der Auswirkungen der Finanzkrise muss ein weitgreifendes Rettungspaket geschnürt werden – mit einer Kapitalaufstockung von 3 Mrd. Euro und 10 Mrd. Euro Garantien durch die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein. Weiterhin erhält die HSH Nordbank eine Bürgschaft von 30 Mrd. Euro durch den SoFFin.

WestLB
 Wegen Fehlspekulationen am Aktienmarkt wird der Leiter des Aktienhandels Friedhelm Breuers im April 2007 fristlos entlassen. Im Juli 2007 folgen der Vorstandsvorsitzende Thomas Fischer und sein Vorstandskollege Mattijs van den Adel. Sie waren für das Risikomanagement zuständig. Im Februar beginnen die ersten Rettungsmaßnahmen für die WestLB. Es wird eine Bad Bank gegründet. 1700 MitarbeiterInnen werden entlassen. Zusätzlich erhält die WestLB Garantien von 5 Mrd. Euro von Sparkassenverbänden und Landschaftsverbänden.
BayernLB, HYPO ALPE ADRIA:
 Zahlreiche Risikogeschäfte haben die Bayerische Landesbank (Bayern LB) ins Abseits manövriert. Besonders skandalös: Die Affäre um die österreichische Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA). Die Bayern LB investiert insgesamt 3,7 Mrd. Euro. Im Dezember 2009 muss die Bank für einen symbolischen Wert von einem Euro an die

Republik Österreich verkauft werden. Der Verlust beträgt 3,7 Mrd. Euro.
 Noch im September 2006 hatte die vom Land Kärnten engagierte Investmentbank HSBC einen Gesamtwert von 1,8 bis 2,2 Mrd. Euro für die HGAA ermittelt. Drei Monate später erwarb eine Gruppe von reichen Personen unter Führung des Vermögensverwalters Tilo Berlin stufenweise einen Anteil von 25 Prozent plus einer Aktie an der HGAA. Als die Bayern LB kauft, ist der Preis um 1,5 Mrd. Euro höher als der ursprünglich ermittelte Wert.
 Die großen GewinnerInnen: Tilo Berlin und andere Spekulanten, die innerhalb weniger Wochen einen Gewinn von 130 bis 170 Millionen Euro und eine Rendite von 1,6 Millionen Euro erzielten. Das Land Kärnten unter Führung seines damaligen Landeshauptmanns Jörg Haider, das von den zur Rettung der HGAA fließenden Millionen und Milliarden der BayernLB profitierte.
 VerliererInnen sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – die Rettung der Bayern LB kostet viele Milliarden.



DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT



WELCHE FOLGEN HAT DIE KRISE?

ZUNAHME VON ARMUT UND HUNGER

Im Jahr 2007 waren 856 Millionen Menschen – jeder Sechste – schwer und dauerhaft unterernährt. 2009 meldete die Welt-ernährungsorganisation, dass nun mehr als eine Milliarde Menschen hungert. Allein in Deutschland sind 11 Millionen Menschen arm, und jedes 5. Kind leidet unter sozialer Ausgrenzung, Vernachlässigung und schlechten Wohnverhältnissen.

KAPITALKOLONIALISMUS

Im Jahr 2007 haben die 500 mächtigsten transkontinentalen Privatgesellschaften mehr als 53% des Weltbruttosozialprodukts kontrolliert. Sie beschäftigen nur 1,8% der Arbeitskräfte der Welt. Diese 500 Konzerne kontrollieren Reichtümer, die größer sind als die kumulierten Guthaben der 133 ärmsten Länder der Welt.

Von den 192 Staaten des Planeten liegen 122 in der Südlichen Hemisphäre. Ihre Auslandsschuld beläuft sich insgesamt auf mehr als 2100 Milliarden Dollar. Im Jahr 2005 summierte sich die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer des Nordens für 122 die Länder der Dritten Welt auf 58 Mrd. Dollar. Im selben Jahr haben diese Länder der Dritten Welt den Banken des Nordens 482 Milliarden Dollar als Schuldendienst überwiesen.

EXPORTSUBVENTIONEN

Die Industriestaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben ihren Landwirten im Jahr 2007 mehr als 350 Mrd. Dollar an Subventionen für Produktion und Export ausbezahlt. Insbesondere die EU praktiziert in Afrika Agrar-Dumping. Das führt zur systematischen Zerstörung der afrikanischen Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln. Von 52 afrikanischen Ländern sind 37 reine Agrarländer.

STAATSSCHULDEN

Mit 1,7 Billionen (1700 Milliarden) Euro ist Deutschland hoch verschuldet. Seit 1990 hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte verdoppelt, aber die öffentlichen Schulden haben sich verdreifacht. Die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden) verzeichneten 2009 ein Defizit von ca. 97 Mrd. Euro gegenüber etwa 17 Mrd. im Jahr 2008.

Spekulationskapital wächst

- Währungsspekulation
- Nahrungsmittelspekulation
- Rohstoffspekulation

Vermehrung von Kapital & Vermögen

in den Händen einer Minderheit

2007 wurden im Devisen- und Derivatehandel pro Tag über 3600 Milliarden US-Dollar bewegt – also umgerechnet etwa 150 Milliarden pro Stunde, oder 2,5 Milliarden pro Minute oder ca. 42 Millionen pro Sekunde – rund das Vierfache dessen, was weltweit aus Produkten und Dienstleistungen zusammenkommt. Die vier reichsten US-Amerikaner verfügen über mehr Geld als eine Milliarde Hungernde. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen über 60 Prozent des gesamten Vermögens. Solange das Geld der Reichen immer mehr Geld werden soll, gibt es die Kapriolen an den Finanzmärkten.

Die aufgeblähten Finanzmärkte, immer kompliziertere, extrem riskante Finanzprodukte und ein unübersichtliches Netz aus Zweckgesellschaften sowie das Platzen der Immobilienblase 2007 in den USA haben nicht nur die Finanzwelt, sondern die ganze Weltwirtschaft in eine schwere Krise gestürzt. In den USA mussten Banken reihenweise schließen und nach der Insolvenz von Lehman Brothers schwankten weltweit auch die größten Banken. Hastig wurde mit milliardenschweren Rettungspaketen erste Hilfe geleistet. Die Krise zerstört Lebensgrundlagen. Da die Finanzjongleure erwarten, dass die Verluste mit in der Realwirtschaft erarbeitetem Geld bezahlt werden, wird die Krise uns noch eine Weile begleiten. Schlimmer noch: Die Finanzkasinos sind wieder geöffnet und die nächste Krise ist in Vorbereitung!

FOLGEN DER KRISE

- Verteilung**
- Verschiebung der Macht- & Wirtschaftszentren**
Zunahme von struktureller Gewalt
- Wissenschaft und Medien**
wissenschaftliche Erklärungsmuster verschieben sich

Banken

Kreditklemme

- Interbankenmarkt**
kommt nach Lehmann-Brothers-Pleite zum Erliegen
- Steigende Zinsen für Unternehmen**
Geldmenge wird knapp gehalten
Gesamtnachfrage & Wirtschaft werden gebremst
- Investitionsrückgang**

Niedrigzinsen für Banken

Berichtigung der Bilanzen

- Reduktion der Marktwerte
- Lebensversicherungen
- Private Altersvorsorge
- Immobilien
- Aktien

- Exportrückgang (v.a. in den Entwicklungsländern)**
- Protektionismus**
- Sinkende Rohstoffpreise**
- Schuldenkrise (v.a. in den Entwicklungsländern)**
- Investitionsrückgang**
- Zahl der Insolvenzen steigt**
- Steigende Arbeitslosigkeit**
(2008: 40.000 gestrichene Stellen, 23.000 neu)

Landflucht und Flüchtlingsbewegungen
Zunahme von Armut und Hunger
(Kapitalkolonialismus)

Schuldenkrise der Entwicklungsländer

- Private Schulden
- Privatinsolvenzen
- Vermögensverluste
- Sparzwang und sinkender Konsum

• Sozialer Absturz
• Zwangsversteigerungen

Sinkende Nachfrage
Investitionen gehen zurück

Staatsschulden

- Massive Steuererhöhungen & Sparmaßnahmen
- Staatsbankrott

Die Beschäftigten erhalten einen immer geringer werdenden Anteil am Volkseinkommen: 1991 lag die Lohnquote bei 71%, im Jahr 2007 lag sie bei weniger als 65%. Dagegen ist der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen – die Gewinnquote – im gleichen Zeitraum von 29% auf über 35% gestiegen.

• Solidaritätsverlust
• Abbau des Sozialstaates
• Währungsschnitt

- Löhne sinken
- Rentenansprüche sinken
- Sozialausgaben steigen
- Steueraufkommen sinkt
- Kommunen verarmen (2010: erwartetes Defizit 12 Mio. Euro)
- Weniger/klein Geld für Infrastruktur, Kultur, Bildung, Soziales
- Kommunale Selbstverwaltung gefährdet
- Privatisierungsdruck steigt (PPP-Projekte steigen)
- Privater Kapitalanteil wächst und sucht neue Anlagemöglichkeiten

Realwirtschaft schrumpft

Wirtschaft

Konjunktur- & Bankenrettungsprogramme

KOMMUNEN VERARMEN

In den Kommunen gibt es massive Steuererfälle durch Steuerreformen, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Einbrüche bei der Gewerbesteuer. Dagegen stehen große Mehrausgaben durch zusätzliche Sozialtransfers aufgrund steigender Arbeitslosigkeit. In Nordrhein-Westfalen stehen bereits ein Drittel der Kommunen unter Zwangsverwaltung, nur noch vier Städte konnten 2009 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Es folgen Streichungen, Schließungen öffentlicher Einrichtungen und Gebührenerhöhungen.

Budgetdefizit

- Abbau des Sozialstaates
seit 2003 wurden Sozialausgaben um ca. 100 Mrd. Euro gekürzt
- Abbau des Sozialstaates
Verschuldungsquote in Dtl. 8,1% seit 2007 gestiegen (Vergleich USA 20,5%, Großbritannien 24,4%)
- Staatsbankrott

Erhöhung der Geldmenge

- Neue Spekulationsblasen
- Gefahr einer Inflation
- Gefahr einer neuen Krise

Bankenpleiten

- Bankenrettungen
- Systemstabilität gerät in Gefahr
- Bad Bank
- Zeitbombe Schrottpapiere
- Staatsschulden



IST DIE FINANZKRISE EINE HISTORISCHE AUSNAHME?

ES REICHT!

Den heutigen Krisen liegt ein ökonomisches Modell zugrunde: der Neoliberalismus, mit „freier“ Marktwirtschaft mit kapitalistischem Finanzwesen. Dessen Konzept besteht aus Deregulierung und Liberalisierung, Wachstum und freiem Markt für alle Bereiche des Lebens. Dieses Konzept hat zur derzeitigen Wirtschaftskrise und Finanzkrise geführt. Wie lange können und wollen wir noch weiter so leben? Und vor allem, was kommt danach?

Viel wichtiger als die Analyse dessen, was geschehen ist, wird wohl sein, nach den Alternativen zu fragen. Wie muss ein Wirtschaftssystem gestaltet sein, das eine solche Krise, in der viel Reichtum vernichtet wird und die viel Armut erzeugt, nicht mehr passieren kann?

Die heutige globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht einzigartig. Im Gegenteil: Wer in der Geschichte zurückblickt, trifft auf viele große und kleinere Krisen. Sie sind nicht der Ausnahmefall, sondern treten regelmäßig auf. Und selbst wenn die Börsen-Analysten gerade keine Krise verzeichnen, ist unser Wirtschafts- und Finanzsystem eine Krise für viele Menschen und den Planeten: Standortwettbewerb und Wachstumszwang zerstören menschliche Entwicklungsperspektiven, und ökologische Lebensgrundlagen.

WOHER KOMMT DIE KRISE?

Der wesentliche Anlass für die Verselbständigung der Finanzmärkte war eine massive Umverteilung von unten nach oben und damit einhergehend die Anhäufung einer riesigen Geldmenge, die sich in der Realwirtschaft nicht profitabel verwerten ließ. Die neoliberale Konterrevolution bestand nun darin, durch die Entfesselung und Deregulierung der Märkte, durch Umverteilung und globale Expansion immer neue Profitquellen zu erschließen.

Der Neoliberalismus ist gescheitert. Die Spekulationskrisen der 1990er Jahre haben in Russland, Südostasien, Japan, Mexiko oder Argentinien massenhafte Pleiten, Stagnation und soziale Desaster hinterlassen. Die New-Economy-Blase ist ebenso geplatzt wie der Immobilien-Boom. Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulation haben tödliche Folgen – wie sich an den Hungeraufständen 2008 zeigte. Mehr Markt und ungebremster Kapitalismus haben auch die Umwelt- und Klimakrise verschärft.

Land	Name der Krise	Art der Krise	Relevante Ereignisse	Spekulationsobjekte und Krisenursachen	Vergrößerung der Geldmenge durch	Höhepunkt der Spekulation	Beginn der Krise	Folgen
Holland	Tulpenzwiebel Spekulation 1636 - 1637	Finanzkrise	Boom wegen des Krieges gegen Spanien	Tulpenzwiebeln	Keine	Februar 1637	Februar 1637	
Frankreich	Staatpleite vor Französischer Revolution	Schuldenkrise	Finanzbedarf des Königs				1789	Französische Revolution
Frankreich	Jahr 1838	Finanzkrise	Julirevolution 1830	Baumwolle, Baugrundstücke	Regionalbanken	November 1836	Juni 1837	
Deutschland	Jahr 1848	Finanzkrise	Kartoffelfäule 1846, Weizenmisernte	Eisenbahnen, Weizen, Bauwirtschaft (Köln)	Regionalbanken	März / April 1848	März 1848	Deutsche Revolution 1848 / 49
Deutschland	... und Österreich Jahr 1873 „Gründerkrise“	Finanzkrise	Reparationen aus dem Deutsch-Französischen Krieg	Baugrundstücke, Eisenbahnen, Wertpapiere, Güter	Neue Industriebanken, Maklerbanken, Baubanken	Herbst 1872	Mai 1873	
Weltweit	Weltwirtschaftskrise 1929	Finanzkrise	Ende des ausgedehnten Nachkriegsbooms	Aktien	kreditfinanzierte Wertpapierkäufe	September 1929	24. 10. 1929	Weltwirtschaftskrise
USA	... und weltweit Jahr 1979 - 1982 „Sparkassenkrise“	Finanzkrise	Recycling der Petrodollars als Kredite and 3. Welt, Monetarismus USA	Dollar und Ackerland: 1979; Öl: 1980; Drittwelt-schulden 1982		1979		Schuldenkrise
USA	Aktienkrise 1987 „Scharzer Montag“	Finanzkrise		Wertpapierbörse, gehobener Wohnungsbau, Bürogebäude, Dollar	Kapitalzustrom	Dollar 1985; Aktien 1987; Immobilien 1987	19.10.1987	Absturz Dow Jones um 508 Punkte
Japan	Jahr 1990	Finanzkrise		Nikkei-Index, Immobilien	Zinssenkungen 1986	Erstes halbjahr 1989	Januar 1990	Depression in Japan bis heute
USA	LTCM Hedgefond-Pleite	Krise des Bankensystems	Einführung des Euro	Spekulation auf Zinsunterschiede im Euroraum mit Hebelwirkung, Erwartungen traten nicht ein	keine	1. Halbjahr 1998	23.09.1998	System-zusammenbruch befürchtet
USA	und weltweit	Finanzkrise	Boom von Internetfirmen	Aktien, vor allem neuer Markt und Internetfirmen		Februar 2000	März 2000	Zusammenbruch Aktienmärkte. Suche nach neuen Blasen
Weltweit	Finanzkrise 2008	Wirtschaftskrise	Umverteilung, Liberalisierung, Ungleichgewichte	Immobilienpekulation, neue Instrumente (ABS, CDS, CBL...)	Notenbanken aus Krisenreaktion schon ab Jahr 2000	2007	2008	Globale Wirtschaftskrise, Zunahme von Armut

DIE HOLLANDISCHE TULPENKRISE 1637

Die erste Spekulationskrise der Neuzeit war eine Finanzkrise, die durch Spekulation auf Tulpenzwiebeln 1637 hervorgerufen wurde.

Warum gerade Tulpenzwiebeln?

Zum einen wuchs in dieser Zeit in Holland die Geldmenge durch Gold- und Silberlieferungen aus dem Ausland, weil Holland ein für Händler aus aller Welt sicherer Ort war. Weiterhin stand das Land in dieser Zeit vor guten wirtschaftlichen Aussichten. Der Ostindienhandel brachte Reichtum ins Land. So wurden viele Familien reich und kauften, um diesen Reichtum ausdrücken zu können, große Schlösser mit riesigen Gärten. In diesen sollte es farbenfroh und exotisch aussehen. Die Tulpen waren damals noch neu in den Niederlanden, sie ließen sich nur langsam vermehren und wurden schnell zum Statussymbol.

Die Preise stiegen und das rief Händler auf den Plan, die nicht mehr die Tulpenzwiebeln selbst kauften und verkauften, sondern nur noch die Rechte darauf, Tulpenzwiebeln zu kaufen oder zu verkaufen. Heute nennt man das „Optionen“ auf Tulpenzwiebellieferungen in der Zukunft. Die Spekulation mit den Blumenzwiebeln explodierte regelrecht, phasenweise kostete eine einzelne Tulpenzwiebel Tausende von Gulden.

Aber diese Spekulation fand ein jähes Ende. 1637 wurde auf einer der vielen Tulpen-Auktionen das erste Mal das Angebot nicht komplett abgenommen. Das System fiel in sich zusammen, viele Menschen verloren ihren Besitz.



SCHWARZER FREITAG 1929 – DER GROSSE BÖRSENCRASH

Nach dem ersten Weltkrieg gab es in Nordamerika und Europa einen Wirtschaftsaufschwung. Der Lebensstandard der oberen Schichten wuchs rasant an. Kundenkredite und Ratenvverkäufe wurden immer wichtiger. An der Börse arbeiteten neue Investment-Trusts mit bis zu 80 Prozent Fremdkapital. Der Spekulationsboom hatte viele Bevölkerungsschichten ergriffen. Jeder konnte einen Kredit bekommen, um damit Aktien zu kaufen, denn es galt als sicher, dass diese Aktien morgen mehr wert wären und man sie mit Gewinn verkaufen könnte.

Die Investment-Trusts schossen wie Pilze aus dem Boden: Gab es 1927 noch etwa 160 dieser Finanzmarktakteure, waren es 1929 schon 750, die in diesem Jahr nach Schätzungen drei Milliarden Dollar umsetzten, ein Drittel des in diesem Jahr in Umlauf gekommenen Kapitals. Einer der Hauptakteure war dabei die Investmentbank Goldman Sachs. Da es damals noch gar keine Wertpapieraufsicht gab, trieb das Investment-Trust-Wesen besonders abenteuerliche Blüten.

Bis zu jenem 24. Oktober 1929. An jenem Donnerstag fielen die Kurse. Eine regelrechte Panik brach an den Börsen aus, in den USA am 24. Oktober, in Deutschland am folgenden Tag, der als „schwarzer Freitag“ in die Geschichtsbücher einging. Immer mehr Wertpapiere stürzten ins Bodenlose.

Die Abwärtsbewegung der Aktienmärkte hatte eine starke Depression der ganzen Weltwirtschaft zur Folge. Auch von den Notenbanken beschlossene Zinssenkungen konnten nicht verhindern, dass zwischen 1929 und 1933 fast jede zweite Bank in den USA pleite ging. Die Aktienkurse erreichten erst Mitte der 1950er Jahre wieder das Niveau von vor der Krise.

Die Folgen waren in Europa aber noch viel schlimmer. In Italien konnten sich im Gefolge der Wirtschaftskrise die Faschisten an der Macht halten, in Spanien gab es einen Bürgerkrieg und in Deutschland übernahmen die Nationalsozialisten die Macht, was letztlich zu einem Krieg führte, der den ganzen Kontinent in Schutt und Asche legte und eine unvorstellbare Zahl von Menschen das Leben kostete.

Die Folgen eines Spekulationsbooms an einem Aktienmarkt können also sehr weitreichend, ja katastrophal sein. Das wussten 1944 auch die Ökonomen und beschlossen in der Konferenz von Bretton Woods ein neues Weltwährungssystem, das die Lehren von 1929 zumindest teilweise auch abgebildet hat. Dieses Regelsystem wurde faktisch 1971 wieder abgeschafft, indem die USA die Goldbindung der Währung aufgab. In der Folge setzte sich in der Wirtschaftspolitik die Liberalisierung der Finanzmärkte, die den Grundstein für die Entwicklungen bis zur Finanzkrise heute gelegt hat.



DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT



WAS FORDERT attac ZUR VERHINDERUNG DER NÄCHSTEN FINANZKRISE?

FINANZMÄRKTE DEMOKRATISCH KONTROLLIEREN

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz. Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren.

Zentraler Bestandteil der notwendigen Transformation ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte. Finanzmärkte dürfen nicht noch weitere Krisen verursachen, die systematische Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Hier werden einige der zentralen Forderungen von attac systematisch dargestellt.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Globale Klimagerechtigkeit erfordert eine grundlegende sozial-ökologische Transformation unserer Lebens- und Produktionsweise. Die gigantischen Summen, die jetzt zur Krisenbewältigung ausgegeben werden, müssen für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, für Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur sowie für die direkte Erhöhung der Sozialeinkommen genutzt werden. Dabei aber darf das bisherige Modell des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der unbegrenzten Mobilität und der ökonomischen Machtkonzentration nicht fortgeschrieben werden. Die Entwicklung einer alternativen und solidarischen Ökonomie ohne Wachstumslogik ist dringend geboten. Bestehende und geplante solidarische Wirtschaftsunternehmen, z.B. Genossenschaften, Betriebsübernahmen durch Belegschaften sind durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen zu fördern.

GARANTIE DES SOZIALEN UND UMVERTEILUNG

Die Krise sozial zu bewältigen bedeutet im globalen Rahmen: Die arm gemachten Länder des Südens im Blick zu haben, die verstärkt unter den Krisen leiden. Sie brauchen einen umfassenden Schuldenerlass, die Abschaffung der Struktur Anpassung durch den IWF und Maßnahmen, um die Ernährungssouveränität sicherzustellen. Die Abkehr von der unmenschlichen Migrationspolitik der letzten Jahre gehört ebenfalls dazu.

In unseren eigenen Gesellschaften benötigen wir eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen und eine Stärkung öffentlicher Teilhabemöglichkeiten: Vermögensabgabe und hohe Vermögensteuer, solidarische Einfachsteuer, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und tatsächliche soziale Grundsicherung, solidarische Bürgerversicherung, umfassender Ausbau von kostenloser Bildung und Infrastruktur, Schluss mit Privatisierung und Public-Private-Partnership.

STEUEROASEN AUSTROCKNEN

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern erfüllen auch eine zentrale Funktion im globalen Finanzmarkt-Casino. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden. Besonders schwerwiegend wirken sich Steueroasen auf Entwicklungsländer aus: Die hier verlorengehenden Staatseinnahmen werden auf 350-500 Mrd. US-Dollar jährlich geschätzt und übersteigen damit die globale Entwicklungshilfe eines gesamten Jahres deutlich (103,7 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007).

PROFITEURE ZUR KASSE BITTEN

Überall wurden mit Milliarden von Steuergeldern Banken gerettet, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

BANKEN ENTMACHTEN

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

EINFÜHRUNG EINES EFFEKTIVEN FINANZMARKT-TÜVS

EIGENKAPITALANFORDERUNGEN ERHÖHEN

TRENNUNG VON GESCHÄFTS- UND INVESTMENTBANKEN

WELTWEITE MOBILITÄT DES KAPITALS EINSCHRÄNKEN

REGULIERUNG UND SCHRUMPUNG DER FINANZMÄRKTE

ZERSCHLAGEN VON FINANZKONGLOMERATEN, DIE ALS „TOO BIG TO FAIL“ ANGESEHEN WERDEN

VERBOT DES SCHATTENBANKENSYSTEMS VON HEDGEFONDS, PRIVATE-EQUITY- UND ANDEREN ZWECKGESELLSCHAFTEN

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER EINFÜHREN

Eine internationale Steuer von 0,5 % auf alle Finanztransaktionen macht kurzfristige Spekulationen unattraktiver und verhindert dadurch einen Teil der spekulativen und krisenauslösenden Finanzströme. Außerdem können dadurch weltweit Milliarden an Geldern mobilisiert werden für die soziale Bewältigung der Krise und die Umverteilung in den globalen Süden.

RATING-AGENTUREN UNTER ÖFFENTLICHE KONTROLLE

BESONDERS RISKANTE FINANZPRODUKTE UND LEERVERKÄUFE VERBIETEN

GLOBALE KOOPERATION

Nicht erst mit dem Niedergang der Führungsrolle der USA ist es richtig, dass Regierungen ihr Verhalten in der Krise weltweit abstimmen und nicht auf eigene Faust handeln. Aber es gibt keinerlei Grund, warum das in dem kleinen, selbsternannten Kreis der G20 und nicht mit allen Regierungen gemeinsam geschehen sollte. Die UN ist, obwohl reformbedürftig, momentan das einzig legitime Gremium zur Abstimmung der globalen Wirtschaftspolitik.

DAS ÖFFENTLICHE DEN FINANZMÄRKTEN ENTZIEHEN

Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden. Sie muss wieder allein dem Gemeinwohlinteresse dienen. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfonds und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beiträgt, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

GLOBALES WÄHRUNGS- UND FINANZSYSTEM mit stabilisierten Wechselkursen, Ausgleich globaler Ungleichgewichte, Schuldenstreichung

VERBOT VON SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN

GLOSSAR

ASSET BACKED SECURITIES (ABS) - FORDERUNGSBESICHERTE WERTPAPIERE

ABS sind handelbare, mit Vermögenswerten (Assets) besicherte Wertpapiere. In diesen Wertpapieren sind Forderungen verschiedenster Art gebündelt.

Diese Bündelung bzw. *Verbriefung* wird meist über eigens dafür geschaffene *Zweckgesellschaften* durchgeführt. Vor der Krise wurden ABS in

großer Zahl auf den Weg gebracht. Banken konnten mit Gewinn Risiken aus ihren Bilanzen verbannen.

Als Finanzierungsinstrument wurden ABS schon vor über 30 Jahren in den USA entwickelt. Auf dem deutschen Finanzmarkt gibt es sie seit 1998.

BAD BANK

Unter einer „Bad Bank“ (schlechte Bank) versteht man eine Abwicklungsbank, die risikobehaftete Kredite oder Wertpapiere aus pleitegefährdeten Banken einlagert. Die Bad Bank versucht, Geld für die faulen Papiere einzutreiben. Die „gute“ Bank ist aktuell entlastet und kann neue Kredite vergeben und hofft, so auch das Vertrauen in die Bank wieder herzustellen.

Wenn Kredite nicht zurückzahlt werden oder Wertpapiere einer Bank stark an Wert eingebüßt haben, müssten solche „toxischen Papiere“ von

der Bank als Verlust in ihre Bilanz aufgenommen werden. Das mindert den Wert einer Bank, sie würde zahlungsunfähig oder müsste von der Bankenaufsicht geschlossen werden. Die Finanzkrise hat die unverantwortlich hochriskanten Geschäfte vieler Banken platzen lassen. Um einen Zusammenbruch des gesamten Bankenwesens zu verhindern, haben Staaten bzw. Regierungen mit Kapital und Bürgschaften eingegriffen. Dabei wurden auch schlechte Papiere aufgekauft und in eine Bad Bank eingelagert.

Das Bad-Bank-Modell der Bundesregierung vom Juli 2009 sieht vor, dass die gerettete Bank Bürgschaftsgebühren zahlen und bis zu 20 Jahren in der Haftung bleiben soll für den Fall, dass die Papiere weniger einbringen als bei dem Übertrag in die Bad Bank. Problematisch ist die sichere Bewertung der faulen Papiere. Die Bank wird auch in Zukunft die zu erwartenden hohen Verluste evtl. nicht tragen können, und die Rechnung zahlt am Ende die Allgemeinheit.

BAIL-OUT

Bail-Out – aus der Klemme helfen – ist eine Bezeichnung für eine Schulden- oder Haftungsübernahme durch Dritte, insbesondere durch den Staat, z.B. im Fall einer Wirtschafts- oder Finanzkrise.

CARRY TRADE

Carry Trade ist eine Anlagestrategie, bei der man Geld bzw. Kredite in einer Währung mit niedrigen Zinsen aufnimmt und das Kapital in einer Währung mit höheren Zinsen anlegt. Die Differenz zwischen den erhaltenen Zinsen aus der Anlage und den zu zahlenden Zinsen für das Darlehen stellt den Gewinn dar. Diese Form, Gewinne zu machen, kann schief gehen, wenn Währungen oder Zinsen sich unerwartet deutlich verändern.

COLLATERALIZED DEBT OBLIGATIONS (CDOs)

CDOs bestehen aus einem ganzen Bündel oder Portfolio verschiedenster forderungsbesicherter Wertpapiere (*Asset Backed Securities, ABS*). CDOs sind ein Finanzmarktinstrument, mit dem durch *Zweckgesellschaften* die Ausfallrisiken bestimmter Wertpapiere gestreut werden sollen. Der Gedanke dahinter ist, dass ein Risiko, das auf viele Schultern verteilt wird, leichter zu tragen ist. Die Bewertung, ob eine CDO sicher oder weniger sicher ist, wird von Ratingagenturen vorgenommen, die der Herausgeber der CDO für diesen Zweck engagiert.

Um das Risiko zu streuen, werden verschiedenste Wertpapiere mit teils hohem Ausfallrisiko zu einem Paket geschnürt. Das Gesamtpaket ist die CDO. Diese CDO wird nun in mehrere Stücke aufgeteilt und mit unterschiedlichen Verzinsungen verkauft. Eins dieser Stücke wird als hochriskant eingestuft und entsprechend hoch verzinst angeboten. Die anderen Stücke erhalten eine gute bis sehr gute Bewertung und entsprechend eine normale oder niedrigere Verzinsung. Die evtl. eintretenden Verluste im CDO-Gesamtpaket werden vorrangig von

den Käufern der hochriskanten Anteile getragen.

Die Gefährlichkeit der CDOs liegt in der Unüberschaubarkeit der verschiedenen gebündelten Papiere und in dem Unwillen der vom Herausgeber der CDO finanzierten Ratingagenturen, die Risiken objektiv und realistisch zu beurteilen.

CLEARING

Clearing ist eine Methode, gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten der Mitglieder eines Teilnehmerkreises wie z.B. dem Bankensektor über bestimmte Clearingsysteme miteinander zu verrechnen. Auf dem Finanzmarkt finden Clearings vor allem im Wertpapier- und Termingeschäft statt. Clearingprozesse werden auch zwischen den Banken durchgeführt: Interbankverbindlichkeiten werden mit Interbankforderungen aufgerechnet und ausgeglichen. Als Zwischenstelle agiert hierbei die Zentralbank.

CREDIT DEFAULT SWAPS (CDS)

CDS sind handelbare Wertpapiere und eine Art Versicherungspolice: Der Verkäufer einer CDS bietet einem Käufer an, gegen Zahlung einer Prämie für mögliche Ausfälle von forderungsbesicherten Wertpapieren einzuspringen. Dafür muss er nichts weiter in den Vertrag einbringen als das Versprechen, eventuelle Ausfälle zu übernehmen. Ein Nachweis, dass das Geld dafür auch tatsächlich zur Verfügung steht, ist nicht notwendig.

Das besondere an diesen Versicherungspolice ist, dass der Versicherungsnehmer die zu versichernden Forderungen gar nicht wirklich besitzen muss. Die versicherten Forderungen und die dafür abgeschlossenen Versicherungen können unabhängig voneinander auf dem Markt weiterverkauft wer-

den. (Ungefähr so, als schloße jemand eine Feuerversicherung auf das Haus seines Nachbarn ab.) Das gesamte System ist extrem intransparent und beruht in weiten Teilen auf einem rational nicht begründbaren Vertrauen in den Markt.

DERIVATE

Derivate sind Finanzinstrumente, deren Preise sich nach den Kurschwankungen oder den Preis-erwartungen anderer Investments richten. Derivate sind Verträge, die das Recht garantieren, zu einem fixen Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Die Preisbildung basiert auf einer marktabhängigen Bezugsgröße (Basiswert). Basiswerte können Wertpapiere (z.B. Aktien, Anleihen), marktbezogene Referenzgrößen (Zinssätze, Indices) oder andere Handelsgegenstände (Rohstoffe, Devisen) sein.

Sie lassen sich sowohl zur Absicherung gegen Verluste als auch zur *Spekulation* auf Kursgewinne des Basiswertes verwenden. Zu den wichtigsten Derivaten zählen Zertifikate, Optionen, Futures und Swaps.

EIGENKAPITAL

Als Eigenkapital wird das Kapital eines Unternehmens bezeichnet, das die EigentümerInnen, AktionärInnen oder die GesellschafterInnen eingebracht haben. Dies kann in Form von Bargeld oder Gewinnen, als Spar- und Sacheinlagen oder als Eigenleistung erfolgen.

Grundsätzlich haftet jeder EigentümerIn mit dem von ihm/ihr eingebrachten Eigenkapitalanteil gegenüber den Gläubigern des Unternehmens, wobei bei Personengesellschaften (OHG, GbR, KG etc.) noch zusätzlich das private Vermögen in die

Haftung mit einbezogen wird.

Eigenkapital bei Banken und Finanzinstituten ist in der Krise in den Blick geraten, weil es eben nicht in der Lage war, für die eingegangenen Geschäfte ausreichend zu haften. Bestehende Vorschriften über das Verhältnis von Eigenkapital zu Kreditvergabe wurden umgangen z.B. durch den Weiterverkauf/die *Verbriefung* von Krediten und die Auslagerung von Geschäften in *Zweckgesellschaften* (meist in *Offshore*-Zentren), für die laschere oder gar keine Eigenkapitalvorschriften gelten.

EIGENKAPITALRENTABILITÄT ODER RETURN ON EQUITY (RoE)

Die Eigenkapitalrentabilität ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl neben vielen anderen zur Beurteilung der Ertragslage eines Unternehmens. Diese Kennzahl gibt an, wie hoch sich das eingesetzte Kapital (*Eigenkapital*) des Kapitalgebers innerhalb einer bestimmten Periode verzinst.

Neben steigenden Börsenwerten macht eine hohe Rentabilität des *Eigenkapitals* Unternehmen für Anleger interessant. Durch Aufnahme von Krediten kann die Eigenkapitalrentabilität erhöht werden, wenn mit diesen Krediten zusätzliche Erträge erzielt werden.

HEDGEFONDS

Hedgefonds werden im Investmentgesetz als „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ bezeichnet. Diese spezielle Art von Investmentfonds sind durch eine spekulative Anlagestrategie gekennzeichnet. Hedgefonds bieten die Chance auf

sehr hohe Renditen und tragen entsprechend ein hohes Risiko. Um hohe Renditen zu erreichen, wird z.B. sowohl auf steigende als auch auf fallende Kurse spekuliert.

Typisch für Hedgefonds ist der Einsatz von *Derivaten* und *Leerverkäufen*. Hiervon rührt auch der irreführende Name, da diese Instrumente außer zur *Spekulation* auch zur Absicherung (Hedging) verwendet werden können. Außerdem wird ver-

sucht, mit Hedgefonds über Fremdfinanzierung eine höhere Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften (*Hebel- oder Leverage-Effekt*). Die meisten Hedgefonds haben ihren Sitz an *Offshore*-Finanzplätzen.

LEISTUNGSBILANZ

Defizit: Ein Land bezieht wesentlich mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland als es selber dorthin liefert, wie zum Beispiel die USA. Dieses Mehr muss mit Krediten finanziert werden.

Überschuss: Ein Land verkauft dem Ausland mehr Produkte und Dienstleistungen als es selbst bereit ist von dort zu beziehen, wie zum Beispiel Deutschland. Im Jahr 2008 betrug der Exportüberschuss mehr als 176 Mrd. Euro. Hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzeugen nicht nur eine gefährliche Abhängigkeit von externer Nachfrage und Finanzierung, wie in der augenblicklichen Krise erlebt. Sie tragen auch zur globalen Umverteilung auf Kosten anderer Länder bei – siehe EU.

In die Berechnung der Leistungsbilanz fließen verschiedene Faktoren wie Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Vermögens- und Kapitalübertragungen ein. Um die Weltwirtschaft stabil zu halten, sollten die Leistungsbilanzen einigermaßen ausgeglichen sein.

LEERVERKAUF

Beim Leerverkauf geht es um die Veräußerung eines Wertpapiers, eines Devisenbetrages oder einer Ware, ohne dass der Verkäufer zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Besitz dieses Verkaufsgegenstandes ist. Der Verkäufer schließt mit einer Käuferin einen Vertrag und vereinbart für den Basiswert einen entsprechenden Preis. Er spekuliert darauf, dass bis zur Fälligkeit der Lieferung der Preis des Basiswertes am Markt sinkt. Tritt das ein, kann er den Basiswert billiger einkaufen und bekommt bei Erfüllung des Vertrages den höher vereinbarten Preis aus dem Leerverkauf. Leerverkäufe sind ein klassisches Beispiel für ein reines Finanzspekulationsgeschäft, u.U. mit großen Auswirkungen auf die Finanzmärkte, betroffene Unternehmen oder Staaten.

LEITWÄHRUNG

Als Leitwährung bezeichnet man eine für den internationalen Finanz- und Wirtschaftsverkehr bedeutsame Währung. Diese Bedeutung wird üblicherweise daran bemessen, in welchem Umfang eine Währung als Transaktions- und Reservemittel genutzt wird. Momentan ist der US-Dollar die weltweit wichtigste Währung und damit die Leitwährung schlechthin. Dies hat für die USA große Vorteile. Die Rolle des US-Dollars gerät jedoch zunehmend in die Kritik und unter Druck. Zusätzlich gewinnt ein Land in den wichtigsten internationalen Institutionen (G20, IWF) an Einfluss, sobald die Landeswährung internationale Bedeutung hat.

LEVERAGED BUY-OUT (LBO)

Leveraged Buy-Out ist die Übernahme eines anderen Unternehmens mittels einer vorrangig aus Fremdkapital stammenden Finanzierung. Bekannt dafür sind Private-Equity-Gesellschaften, die finanziell in Schieflage geratene und dadurch dem Wettbewerb nicht mehr gewachsene Firmen aufkaufen und dafür Kredite aufnehmen. Die übernommene Firma wird umgestaltet und neu auf dem Markt platziert, um nun als wettbewerbsfähige Gesellschaft wieder Gewinn zu erzielen. Die Zinsen und Kreditrückzahlungen werden dabei vorzugsweise aus dem voraussichtlichen Betriebsbeitrag des gekauften Unternehmens finanziert. Das bedeutet, dass das Unternehmen seine Übernahme letztendlich mit dem eigenen Betriebsvermögen bezahlt. Dadurch kann der Käufer mit sehr geringen Eigenkapitalmitteln auskommen. Nicht selten wird eine solche LBO-Maßnahme dazu eingesetzt, bei anderen Firmen zunächst nur Mehrheitsbeteiligungen zu erwerben und sie erst später ganz zu übernehmen.

LEVERAGE-EFFEKT (HEBELWIRKUNG/HEBELEFFEKT)

Bei einem Leverage-Effekt geht es um die Steigerung der Rendite des eingesetzten *Eigenkapitals*. Durch die Aufnahme von Kreditgeldern, die man zusammen mit seinem *Eigenkapital* investiert,

kann man höhere Gewinne erzielen – wenn die Rechnung nicht aufgeht allerdings auch deutlich höhere Verluste.



DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT



GLOSSAR (FORTSETZUNG)

M MORAL HAZARD

Verminderte Achtsamkeit im Verhalten oder bewusstes Fehlverhalten, wenn man damit rechnen

kann, dass andere den angefallenen Schaden (mit)tragen. Große Unternehmen könnten zum

Beispiel riskanter wirtschaften, weil sie darauf vertrauen, wegen ihrer Größe und Bedeutung

„gerettet“ zu werden, wenn sie ernsthaft gefährdet sind.

O OFFSHORE-ÖKONOMIE

Der Begriff "Offshore" bezeichnet im wörtlichen Sinn eine Insel vor dem Festland. Die Offshore-Ökonomie ist jedoch nicht durch ihre Geographie gekennzeichnet. Die Geschäftstätigkeit der Offshore-Welt findet formal in einer Steueroase statt, in Auftrag von zwei Parteien, die sich an anderen Orten der Welt ("Offshore") befinden. Dabei bietet die Steueroase nur den rechtlichen Rahmen für Geschäfte, die de facto anderswo gemacht werden, weil die Steueroase dafür besonders günstige Bedingungen bietet, z.B. niedrige Steuern, keine einschränkenden Bestimmungen, strenges Bankgeheimnis.

Die Offshore-Wirtschaft besteht vor allem aus Steueroasen und Offshore-Zentren, aber zu ihr gehören auch beispielsweise Sonderwirtschaftszonen, Billigfluggesellschaften in der Schifffahrt, Telefonsex-Anbieter und Offshore-Kasinos.

Nach Schätzungen liegen die weltweiten Verluste an Steuereinnahmen durch Offshore-Finanzplätze bei 255 bis 350 Mrd. Dollar jährlich. Darüber hinaus wird auf Grund fehlender Transparenz die Geldwäsche gefördert. Die laxen Finanzaufsicht in den Steueroasen gefährdet die Stabilität der Finanzmärkte. Zahlreiche Banker halten die Offshore-Finanzplätze mitverantwortlich für mehrere Währungskrisen in den 1990er Jahren.

OVER-THE-COUNTER (OTC)

Over-the-counter kann übersetzt werden mit „über den Tresen“. Gemeint ist damit außerbörslicher Handel, d.h. finanzielle Transaktionen mit nicht-standardisierten Finanzkontrakten zwischen Teilnehmern am Finanzmarkt, die nicht über die Börse abgewickelt werden. Die einzelnen Vertragsbestandteile werden durch die jeweiligen Vertragsparteien eigens und individuell vereinbart und festgelegt.

Generell wird zwischen drei Formen des OTC-Handels differenziert: Handel mit börsennotierten Wertpapieren, Handel mit Finanzderivaten ohne standardisierte Spezifikationen und Handel mit

Wertpapieren, die zum Börsenhandel nicht zugelassen sind.

Für einen Teil der am Finanzmarkt gehandelten Produkte ist der OTC-Handel wichtiger als der Börsenhandel, da die Börsen nur standardisierte Produkte anbieten. Die Gefahr des OTC-Handels liegt in der fehlenden Aufsicht und Kontrolle und der fehlenden Markttransparenz.

P PFANDBRIEF

Pfandbriefe sind langfristige, gedeckte Schuldverschreibungen, ausgegeben von einer auf das Pfandbriefgeschäft spezialisierten Bank. Pfandbriefe haben eine so genannte Deckungskongruenz. Das bedeutet, dass die umlaufenden Pfandbriefe jederzeit nach dem Barwert inklusive der Zins- und Tilgungsverpflichtungen durch entsprechende Vermögenswerte gedeckt sein müssen. Gleichzeitig führt das geringe Ausfallrisiko zu einer

im Vergleich zu den Schuldverschreibungen privater Emittenten niedrigeren Rendite.

In den Urkunden der Pfandbriefe ist das Rechtsverhältnis besonders in Bezug auf die Kündigung der Pfandbriefe deutlich zu machen, wobei dem Gläubiger kein Kündigungsrecht eingeräumt werden darf. Die Bezeichnung „Pfandbrief“ ist gesetzlich geschützt. Pfandbriefe dürfen nur von befugten Kreditinstituten oder Stellen ausgegeben werden.

PRIVATE-EQUITY-FONDS

Private-Equity-Fonds (privates Eigenkapital = private equity) sind Kapitalgesellschaften, die das Kapital ihrer privaten Großinvestoren und institutionellen Anlegerinnen an nicht geregelten Kapitalmärkten – also außerbörslich – investieren. Investiert wird zumeist in angeschlagene Unternehmen, die mit der Investition übernommen, umgebaut und gewinnbringend wieder verkauft werden. Eine besondere Anlagestrategie von PEF

ist die Beteiligung mittels eines *Leveraged Buy-Outs* (siehe dort). Ist das Risiko sehr groß, spricht man bei der Investition von Risikokapital oder venture capital. In der Kritik stehen PEF, weil diese Anlagestrategie einen rigorosen, rein gewinnorientierten Umbau von Firmen erfordert, was in der Regel mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Rechten von ArbeitnehmerInnen einhergeht.

S SHAREHOLDER VALUE

Der Begriff Shareholder Value – Aktionärsvermögen – steht für eine unternehmerische Strategie, die einzig auf die Interessen der Kapitalgeberinnen (AktionärInnen) ausgerichtet ist. Seit den 1990er Jahren hat dieses Konzept an Bedeutung gewonnen, vor allem durch institutionelle Anleger wie Fonds. Die jährliche Dividende wird dabei immer unwichtiger, während der Börsenwert des Unternehmens an Bedeutung gewinnt. Über stark ansteigende Börsenwerte lässt sich ein höherer Wertzuwachs für die Shareholder erzielen – allerdings nur, wenn es immer aufwärts geht.

Das Management des Unternehmens wird in diese Strategie eingebunden, indem ein attraktiver Teil ihrer Bezahlung in Form von Aktien erfolgt und damit an den Börsenwert gebunden wird. Besonders schnell und effektiv lassen sich z.B. die Aktienkurse durch Massenentlassungen nach oben treiben. Schon die Ankündigung von Personalabbau wirkt sich an der Börse i.d.R. kurssteigernd aus und vergrößert so den Shareholder Value. Der Shareholder-Value-Ansatz ist eine so genannte Kurzfrist-Orientierung mit vielfältigen negativen Langfrist-Folgen: Vernachlässigung von Innovationen, massive Beeinträchtigungen der ArbeitnehmerInneninteressen, der KundInnen, der Umwelt und der Standortgemeinden.

SPEKULATION

Die Spekulation gehört zur kurzfristigen Investitionsmöglichkeit eines erfahrenen Anlegers (= SpekulantIn). Dadurch sollen möglichst hohe und schnelle Gewinne erzielt werden.

Spekulationen basieren immer auf Erwartungen und Prognosen und nie auf tatsächlichen Fakten, da man nie genau wissen kann, wie sich der Markt entwickeln wird. So verlässt sich ein/e SpekulantIn gerne auf Zukunftstrends in der Finanzwelt. Stehen Aktien relativ niedrig und haben einen Trend zum Ansteigen, wird der/die SpekulantIn ein Geschäft wittern. Man kann hier hohe Gewinne erzielen, aber auch sehr viel Geld verlieren.

SPEKULATIONSBLASE

Unter einer Spekulationsblase versteht man den raschen Anstieg eines Aktienkurses, der sich in der Regel im Börsen-, Rohstoff- oder Immobilienbereich völlig von der realen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt hat. Getrieben von Berichten über raschen und mühelosen Reichtum springen immer mehr (auch unerfahrene) AnlegerInnen auf den fahrenden Zug auf, kaufen zu schon überhöhten Preisen und rechnen dennoch mit einer raschen Wertsteigerung ihrer Investition. Die Preise scheinen unbegrenzt weiter zu steigen, bis sich irgendwann die Erkenntnis des realen Wertes des jeweiligen Spekulationsobjektes durchsetzt und KäuferInnen zu höheren Preisen plötzlich ausbleiben. Es kommt zum Krach, die Werte verfallen in kurzer Zeit und die zahlreichen Spekulanten sehen sich mit dem rapiden Verlust ihrer Investition konfrontiert. Der Mechanismus ähnelt einem Schneeballsystem. Allein schon die enorme Menge des freien Kapitals weltweit, das Anlage- und Spekulationsmöglichkeiten sucht, erhöht die Gefahr von immer neuen Spekulationsblasen.

STAATSSCHULDEN

Staatsschulden sind die Summe aller Forderungen von kreditgebenden Gläubigern an den Staat. In Deutschland sind das die gemeinsamen Schulden des Bundes, der Länder, der Kommunen, der gesetzlichen Sozialversicherungen sowie des Sondervermögens. Eine ganze Reihe verschiedener Kenngrößen zeigen die Höhe sowie die Bedeutung der öffentlichen Verschuldung.

Staatsschulden sind öffentlich und können auch an eine andere Währung gebunden werden – beispielsweise an den Euro oder an den US-Dollar. Bei einer Inflation wird der Wert der landeseigenen Währung von enormen Preissteigerungsraten beeinflusst, während bei einer Abwertung der Vergleichswert der Währung neu festgesetzt wird, wenn der Kurs der Währung unverhältnismäßig hoch scheint. Im Fall einer Inflation oder einer Abwertung im eigenen Land ist eine stabile fremde Währung also auch eine zusätzliche Sicherheit für den Staat bei seinen Schuldnern.

Wenn die Gläubiger der Staatsschulden daran zweifeln, ob ein Staat seinen Verpflichtungen bei fremden Staaten in der Fremdwährung auch nachkommen kann, werden die Inhaber der Schuldverschreibungen reagieren und die Schulden verkaufen. Die Aufnahme von weiteren Krediten wird für den Staat nicht möglich oder nur zu sehr teuren Bedingungen. Im schlimmsten Fall kann das zum Staatsbankrott führen.

SQUEEZE-OUT

Squeeze-Out bezeichnet den Zwangsausschluss von Aktionären, d.h. eine zwangsweise Entziehung bestimmter Aktienanteile an einem Unternehmen. Der Ausschluss aus der Unternehmensbeteiligung erfolgt dabei durch einen Beschluss in der Hauptversammlung.

Die rechtliche Grundlage hierfür bildet das Aktiengesetz, in dem ein solches Verfahren der Hauptaktionäre mit dem 1.1.2002 eingeführt wurde. Die Kleinaktionäre erhalten für ihren „Rausschmiss“ eine angemessene Entschädigung für ihre Aktien. Die Höhe der Barabfindung wird vom Hauptaktionär festgelegt, muss aber die Verhältnisse der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Beschlussfassung berücksichtigen.

SUBPRIME LENDING

Der Begriff Subprime Lending bedeutet „zweitklassiger Kredit“. Es geht dabei um Kreditvergabe an SchuldnerInnen oder KreditkarteninhaberInnen, die nur über eine mindere Bonität verfügen, d.h. eine mangelnde Kreditwürdigkeit aufweisen. Dadurch wird auch diesen Kreditnehmenden eine Chance auf eine Finanzierung beispielsweise für den Hausbau geboten. Auf Grund der minderen Bonität und Kreditwürdigkeit entsteht für die Darlehensgeber ein enormes Risiko, das sie durch verschiedene Maßnahmen wie Risikoaufschlag auf die Zinsen oder erhöhte Kreditkartengebühren ausgleichen.

SWAPS

Der Begriff Swap wird mit „Tausch“ übersetzt. In der Finanzwelt bezeichnen Swaps einen Austausch von Fälligkeiten bzw. Zahlungsströmen.

Swaps dienen dabei vorrangig der Absicherung eines Portfolios und werden häufig bei Devisentermingeschäften angewandt. Aber auch der flexiblere Handel zwischen zwei Parteien an unterschiedlichen Handelsplätzen oder der Tausch verschiedener Währungen gehören zu den Gründen für Swappgeschäfte.

SYSTEMRELEVANZ

Im Weltwirtschaftssystem wie auch auf nationalstaatlicher Ebene gibt es Banken, Institutionen und Industriebetriebe, die wegen ihrer Größe und Bedeutung als „too big to fail“ – „zu groß um zu scheitern“ – bezeichnet werden.

Systemrelevanz bedeutet, dass die Insolvenz eines in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens negative Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftssystem haben würde. Durch einen Domino-Effekt würde das Unternehmen bei seinem Untergang auch andere Betriebe mit in den Ruin reißen und das Wirtschafts- und Finanzsystem zu Fall bringen.

V VERBRIEFUNG

Die Verbriefung von Forderungen oder Schuldverschreibungen ist eine am Finanzmarkt sehr gebräuchliche Transaktion, die es ermöglicht, die Forderungen, die ein Kreditgeber an eine Kreditnehmerin hat, in handelbare Wertpapiere umzuwandeln. In der Regel sind für Verbriefungen spezielle *Zweckgesellschaften* (Special Purpose Vehicles – SPV) verantwortlich, die die Verbriefungen am Markt platzieren.

Und so funktioniert eine Verbriefung am Beispiel eines Darlehens: Der Kreditgeber gewährt dem Kreditnehmer ein Darlehen. Der Kreditnehmer überlässt dem Kreditgeber für dieses Darlehen Sicherheiten. Der Kreditgeber verkauft die Forderung (Darlehen) inklusive der Sicherheiten an die SPV. Diese verbrieft die Forderungen und gibt sie

am Kapitalmarkt aus (Refinanzierung des Kaufs). Der Kreditgeber kann diese Einnahmen wieder verteilen und Zinsen dafür verlangen. An dem ursprünglichen Darlehensvertrag ändert sich nichts, und der Kreditnehmer zahlt weiterhin seine Schulden bei der Bank ab. Ansprüche der Investoren, die letztlich die verbrieften Forderungen kaufen, sind ausschließlich gegen die SPV und das verbrieft Kreditportfolio zu richten und nicht gegen den Kreditgeber.

Verbrieft bzw. gebündelt werden stets ganze Portfolios und nie einzelne Forderungen. Dabei kommen auch Ratingagenturen zum Einsatz, die die Qualität der Forderungen analysieren und die Transaktionsstruktur überprüfen.

Z ZWECKGESELLSCHAFTEN (SPECIAL PURPOSE VEHICLES – SPV)

Zweckgesellschaften sind Gesellschaften, die zu einem bestimmten Zweck gegründet werden. Meistens werden diese Gesellschaften von Banken oder Unternehmen gegründet, in deren Auftrag sie strukturierte Wertpapiere ausgeben. Dazu lagern Banken oder Unternehmen verbrieft Forderungen, die sie an Kunden haben, in Zweckgesellschaften aus. Diese bauen dann daraus die strukturierten Wertpapiere und verkaufen sie.

Für die Bank hat das den Vorteil, dass sie die Kredite, die sie vergeben hat, nicht mehr in ihrer Bilanz führen und dafür Eigenkapital hinterlegen muss. Viele Zweckgesellschaften sind unkontrollierbar in sogenannten Schattenfinanzplätzen angesiedelt. Die deutschen Bundesregierungen haben immer wieder die Spielräume für Zweckgesellschaften

erweitert. Ein Unternehmen hat so die Möglichkeit, ohne Bankkredit schnell an Kapital zu kommen.

Zweckgesellschaften können missbraucht werden – und wurden es – um hohe und für den Unternehmensruhm schädliche Risiken aus dem eigenen Jahresabschluss auszulagern und diese gegenüber Aufsichtsbehörden zu verschleiern.



DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT

